

Der vorliegende Einkommenskatalog basiert auf verschiedenen vorhandenen Ausarbeitungen. Dieser Katalog kann und wird aufgrund der unübersehbaren Anzahl verschiedener Einkünfte nicht vollständig sein.

Weitere Hinweise:

Wird unter der Fundstelle [§ 14 \(1\) WoGG](#) und/oder die Nummer 14.101 bis 14.110 WoGVwV angegeben, ist die Einkunftsart grundsätzlich steuerpflichtig (ggf. ist noch eine weitere Rechtsgrundlage im Einkommensteuerrecht angeführt).

Bei einmaligen Einkünften wie Abfindungen ist ebenso wie bei BAföG-Leistungen sowie Berufsausbildungsbeihilfen nach SGB III nur die grundsätzliche Anrechnungsfähigkeit nach § 14 WoGG ausgewiesen. Danach ist dann noch zu prüfen, ob und in welcher Höhe die Einkunftsart auch tatsächlich berücksichtigt werden kann (vgl. [§ 15 Abs. 2 WoGG](#) für einmalige Einkünfte sowie [§ 20 Abs. 2 WoGG](#) bzgl. Ausschluss von Auszubildenden/Studenten vom Wohngeldbezug). Für die Beurteilung, ob eine Einkunftsart steuerpflichtig ist oder nicht, sollte zunächst auch beim örtlichen Finanzamt nachgefragt werden.

Die Aussage „ja, soweit der Betrag x überschritten wird“ bedeutet, dass nur der den genannten steuerfreien Betrag übersteigende Betrag als Einkommen anzurechnen ist.

Die Fußnote ¹⁾ bedeutet, dass die bei der Einkunftsart zitierte Rechtsgrundlage inzwischen aufgehoben oder weggefallen ist, so dass eine Verlinkung auf den Gesetzestext nicht mehr möglich ist; diese Einkünfte können jedoch weiterhin vorkommen.

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Abfindung wegen Auflösung des Dienst-(Arbeits-)verhältnisses	ja	§ 14 (1)
Abfindungen – Kapitalabfindungen aufgrund der gesetzl. RV und der Beamten-(Pensions-) Gesetze <ul style="list-style-type: none"> • Ausgleichszahlung nach § 48 (1) BeamtVG • Kapitalabfindungen nach den §§ 28 – 35, Ausgleichszahlung nach § 38 (1) und einmaliger Betrag nach § 77 SVG ¹⁾ • Witwenabfindung nach § 21 BeamtVG oder entspr. Landesrecht • einmalige Unfallentschädigung nach § 43 BeamtVG • Rentenabfindung von Witwen und Witwern bei Wiederheirat nach § 107 SGB VI 	ja	§ 14 (2) 4a, d 14.21.4
Abfindung aus gesetzl. Unfallversicherung nach <ul style="list-style-type: none"> ➤ §§ 75 bis 80 SGB VII ➤ § 221a SGB VII 	ja nein	§ 14 (2) 5 c 14.21.5
Abgeltung für nicht genommenen Urlaub	ja	§ 14 (1)
Abgeltung für Verzicht auf ein dinglich gesichertes Wohnrecht	nein	

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Abgeordnetenbezüge - Bezüge aufgrund des Abgeordnetengesetzes, des Europaabgeordnetengesetzes oder vergleichbarer Landesgesetze (Einkünfte i. S. d. § 22 Nr. 4 EStG) <ul style="list-style-type: none"> ➤ Amtszulagen ➤ Entschädigungen ➤ Sterbegelder ➤ Überbrückungsgelder ➤ Übergangsgelder ➤ Versorgungsabfindungen ➤ Versorgungsbezüge ➤ Zuschüsse zu Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen 	ja	§ 14 (1) 14.111
	nein	s. § 3 Nr. 62 EStG
Abschreibungen (AfA) s. Absetzungen	nein	
Absetzungen	nein	§ 7 EStG
Absetzungen, erhöhte nach § 7g EStG	ja, soweit sie die höchstmöglichen Absetzungen für Abnutzung nach § 7 EStG übersteigen	§ 14 (2) 16 14.21.16
Abtretung einer Lohn-/Gehaltsforderung. Einnahme aus –	nein	
Aktien, Bezüge/Gewinne aus	ja	§ 14 (1) 14.109 (1)
Altersrenten s. Renten	ja	§ 14 (1) und § 14 (2) 3 14.21.3
Altersruhegeld (RVO, AVG)	ja	§14 (2) 3 14.21.3
Altersübergangsgeld nach § 429 SGB III ¹⁾ (bis 31.12.2003)	ja	§14 (2) 6 14.21.6 (2)
Altersübergangsgeld-Ausgleichsbetrag nach § 429 SGB III ¹⁾ (bis 31.12.2003)	ja	§14 (2) 6 14.21.6 (2)
Altersversorgung, steuerfreie Zuwendungen bzw. Beiträge des Arbeitgebers zur - nach § 3 Nr. 56 EStG oder § 3 Nr. 63 EStG	ja	§ 14 (2) 14 14.21.14
Alterszulage nach § 31 BVG (ab 65. Lebensjahr)	nein	
Amateursportler, Entschädigung	nein	

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Amtszulagen	ja	§ 14 (1) 14.111
Anpassungsgeld		
- an Arbeitnehmer im Steinkohlenbergbau (bis zum Auslaufen der Leistung zum 31.12.2027)	ja	§ 14 (2) 18 14.21.18 i.V.m. § 52 (4) S. 15 EStG
- für Arbeitnehmer der Braunkohlekraftwerke und -tagebaue sowie Steinkohlekraftwerke (ab 14.08.2020)	ja	§ 14 (2) 6 i.V.m. § 32b (1) S. 1 Nr. 1i EStG
Anti-D-Hilfegesetz, Renten nach § 3 (2) AntiDHG	50 %	§ 14 (2) 10 14.21.10
Anwärterbezüge (öffentlicher Dienst)	ja	§ 14 (1) 14.107
Anwesenheitsprämien	ja	§ 14 (1)
Arbeitgeberanteil an der gesetzlichen Sozialversicherung	nein	14.31 Nr. 2
Arbeitgeberanteil (Zuschuss zur freiwilligen Kranken-, Lebens- oder Rentenversicherung des Arbeitnehmers)	nein	14.31 Nr. 2
Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung	ja	§ 14 (1)
Arbeitnehmersparzulage nach dem 5. VermBG	nein	§ 13 Abs. 3 5. VermBG
Arbeitseinkommen s. nichtselbständige Arbeit	ja	§ 14 (1)
Arbeitsentgelt nach den §§ 43 ff StVollzG	nein	
Arbeitsentgelt nach § 39 StVollzG (im Rahmen eines freien Beschäftigungsverhältnisses)	ja	§ 14 (1) 14.107
Arbeitsförderungsgeld nach § 43 SGB IX (s. Werkstatteinkommen für behinderte Menschen) (ab 1.1.2018: § 59 SGB IX n.F.)	ja seit 1.1.2018: nein	§ 14 (1) 14.107 § 59 (2) SGB IX i.d. Fassung ab 1.1.2018
Arbeitslosenbeihilfe nach § 86 a (1) SVG	ja	§14 (2) 6 14.21.6 (2)
Arbeitslosengeld nach §§ 117 ff SGB III a.F./ §§ 136 ff. SGB III n.F.	ja	§14 (2) 6 14.21.6 (2)
Arbeitslosengeld II nach SGB II (führt zum Ausschluss von Wohngeld nach § 7 (1) WoGG, wenn KdU berücksichtigt)	ja	§ 14 (2) 30

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Aufenthaltsgesetz, Leistungen einer nach § 68 – verpflichteten Person i.S.d. § 11 Abs. 2 Nr. 5 WoGG	nein	§ 14 (3) Nr. 3
Aufmerksamkeiten des Arbeitgebers (z.B. Blumen, Genussmittel)	nein (sofern die Sachzuwendung bis zu 40 € wert ist; ab 1.1.2015: 60 €)	s. R 19.6 LStR 2011
<p><u>Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz</u> (sog. Aufstiegs-BAföG)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kinderbetreuungszuschlag gemäß § 10 (3) AFBG <i>Anmerkung:</i> Vor dem 1.7.2009 erhöhte sich der Maßnahmebeitrag um die notwendigen Kosten der Betreuung eines Kindes bis zur Vollendung des zehnten Lebensjahres, höchstens aber um 113 Euro) für jeden Monat je Kind - Maßnahmebeitrag gemäß § 10 (1) AFBG - Unterhaltsbeitrag gemäß § 10 (2) AFBG i.V.m. § 12 (2) AFBG (Zuschuss) 	<p>nein</p> <p>nein</p> <p>50 %</p>	<p>§ 14 (2) 27 e (seit 1.8.2016 wurden 50 % als Zuschuss, 50 % als Darlehen geleistet; seit 1.8.2020 hat sich der Zuschussanteil auf 100 % erhöht)</p>
Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz oder Zuschläge nach § 6 (2) BBesG (steuerfrei nach § 3 Nr. 28 EStG)	ja	§14 (2) 6 14.21.6 (2)
Aufstockung des Überbrückungsgeldes (aus Landesmitteln ergänzte Leistungen aus dem Europäischen Sozialfonds)	nein (seit 1.1.2003)	
Aufwandsentschädigungen nach § 3 Nr. 26 EStG (s. auch Nebenberufliche Tätigkeiten)	ja, soweit der Freibetrag von 2.400 € jährlich überschritten wird (ab 1.1.2021: 3.000 €)	§ 14 (1)
Aufwandsentschädigungen des IT.NRW für statistische Erhebungen (Preisprüfungen)	nein (soweit sie den mtl. Steuerfreibetrag von 250 € nicht übersteigen)	§ 3 Nr. 12 Satz 2 EStG ; R 3.12 (3) LStR 2021
Aufwandsentschädigungen für die Teilnahme als Proband für wissenschaftliche Tests (pharmakologische Studien)	ja, wenn 256 € im Jahr überschritten werden (Zurechnung in voller Höhe)	§ 14 (1) 14.111 (1) Nr. 6 § 22 Nr. 3 EStG

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte nach dem Mikrozensusgesetz	nein	§ 3 Nr. 12 EStG § 12 (2) MZG
Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder s. Ratsmitglieder		
Aufwandsentschädigungen nach § 1835a BGB für - ehrenamtliche Vormünder (§§ 1793 ff. BGB) - ehrenamtliche rechtliche Betreuer (§§ 1896 ff. BGB) - ehrenamtliche Pfleger (§§ 1909 ff. BGB)	ja, soweit zusammen mit Einnahmen aus Nebentätigkeit nach § 3 Nr. 26 EStG der Freibetrag von 2.400 € jährlich überschritten wird (ab 1.1.2021: 3.000 €)	§ 3 Nr. 26b EStG
Ausbildungsbeihilfe nach § 44 StVollzG	nein	
Ausbildungsgeld nach § 104 SGB III a.F./ § 122 SGB III n.F.	50%	§ 14 (2) 27 d
Ausbildungsvergütung	ja (selbst wenn wegen ihrer Höhe keine Steuern gezahlt werden)	§ 14 (1) 14.107
Ausbildungszuschuss nach § 5 SVG	nein	
Ausgleichsbezüge nach § 11a SVG	ja	§ 14 (1)
Ausgleichsentschädigung bei Entlassung nach § 43 (11) StVollzG	nein	
Ausgleichsgeld nach dem Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit (FELEG)	ja	§ 14 (2) 17 14.21.17
Ausgleichsleistung nach dem ZVALG (Zusatzversorgungskasse für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft)	ja	§ 14 (1)
Ausgleichsleistungen zur Vermeidung eines Versorgungsausgleichs - Abtretung des Anspruchs gegen den Versorgungsträger in Höhe der Ausgleichsrente nach § 21 VersAusglG - Schuldrechtliche Ausgleichsrente nach § 20 VersAusglG - Zahlung des Ausgleichswerts von Kapitalzahlungen nach § 22 VersAusglG - Zweckgebundene Abfindung für ein noch nicht ausgeglichenes Anrecht nach den §§ 23 und 24 VersAusglG	ja	§ 14 (2) 20b
Ausgleichszahlung nach § 48 (1) BeamtVG oder entsprechendem Landesrecht	ja	§ 14 (2) 4e

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Ausgleichszahlung nach § 38 (1) SVG	ja	§ 14 (2) 4e
Ausländische Einkünfte nach den §§ 34c und 34d EStG	ja	§ 14 (1)
Ausländische Einkünfte nach § 32 b (1) Satz 1 Nr. 2 bis 5 sowie nach Satz 2 und 3 EStG	ja	§ 14 (2) 7 14.21.7
Ausländische Renten nach § 32 b (1) Satz 1 Nr. 2 bis 5 sowie Satz 2 und 3 EStG (wie Leibrenten)	ja	§ 14 (2) 7 14.21.7, 14.21.3
Auslandsverwendungszuschlag nach § 56 BBesG (für Soldaten z.B. im Afghanistan-Einsatz)	nein	§ 3 Nr. 64 EStG
Auslagenersatz s. auch durchlaufende Gelder	nein	
Auslösungen (Zahlungen an Arbeitnehmer zur Abgeltung beruflicher Mehraufwendungen für Auswärtstätigkeit) s. auch Spesen	nein (soweit steuerfrei)	s. § 3 Nr. 16 EStG
Aussperrungsunterstützung s. auch Streik (kein Arbeitslohn nach § 19 EStG)	nein	
Auszahlung einer monatlichen „Rente“ aus einem mit einer Einmalsumme gespeisten Vorsorgesparplan (z.B. RentaPlan der Sparkassen) s. aber Leistungen aus einem Altersvorsorgevertrag	keine Leibrente i.S.d. § 22 EStG , sondern Kapitalrückzahlung im Vermögensbereich; anrechenbar nur die in den mtl. Raten enthaltenen Zinserträge	§ 14 (1) i.V.m. § 20 EStG

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
BAföG-Leistungen – Zuschüsse	50 %	§ 14 (2) 27 a 14.21.27a
Barablösung für typische Berufskleidung, wenn Barablösung betrieblich veranlasst (§ 3 Nr. 31 EStG)	nein	
Baukindergeld	nein mindert nach § 11 Abs. 2 Nr. 4 WoGG die Belastung	§ 11 (2) 4
Begabtenförderungswerke, Leistungen der – Zuschüsse	50 %	§ 14 (2) 27 b 14.21.27b
Beihilfe aus dem Zusatzversorgungswerk der Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft	ja	§ 14 (1), (2) 3 14.21.3
Beihilfe aus öffentlichen Mitteln wegen Hilfsbedürftigkeit (z.B. Beihilfe nach beamtenrechtlichen Vorschriften)	nein	§ 3 Nr. 11 EStG
Beihilfe zum Lebensunterhalt nach den §§ 301 bis 301b LAG LAG – mit Ausnahme der Pflegezulage –	50 %	§ 14 (2) 8 b 14.21.8b
Beihilfe zum Lebensunterhalt nach den §§ 10 bis 15 Flüchtlingshilfegesetz – mit Ausnahme der Pflegezulage –	50 %	§ 14 (2) 8 d 14.21.8d
Beiträge des Arbeitgebers zu einer Altersvorsorgeeinrichtung s. Arbeitgeberanteil s. Entgeltumwandlung		
Beitragserstattungen von Rentenbeiträgen nach <ul style="list-style-type: none"> • den §§ 204 f., 207, 210 und 286d SGB VI • den §§ 75 und 117 ALG • § 26 SGB IV 	ja	§ 14 (2) 4b
Belegschaftsrabatte (Preisnachlass für Arbeitnehmer)	ja, soweit der Rabatt den Freibetrag von 1.080 € im Kalenderjahr übersteigt	s. § 8 (3) EStG R 8.2 LStR 2015
Bereitschaftsdienstentschädigung	ja	§ 14 (1)
Berufsausbildungsbeihilfen <ul style="list-style-type: none"> • nach den §§ 56 bis 71 SGB III (s. auch Fahrtkosten nach § 63 SGB III) • nach § 116 Abs. 3 und 4 SGB III 	50 % 50 %	§ 14 (2) 27 d 14.21.27d
Berufskleidung, Überlassung typischer -	nein	

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Berufskrankheitenverordnung (BKV), Leistungen nach § 3 der –	nein	§ 3 Nr. 1a EStG , R 32b (1) Satz 3 EStR 2008
Berufsunfähigkeitsrente nach SGB VI (a.F.)	ja	§ 14 (2) 3 14.21.3
Berufsunfähigkeitsrente, private	ja	§ 14 (2) 3 14.21.3
Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung, Leistungen aus einer -	ja	§ 14 (2) 3 14.21.3
Besteuerungsanteil von Leibrenten	ja	§ 14 (1)
Besteuerungsanteil von Leibrenten den – übersteigende Beträge	ja	§ 14 (2) 3
Beteiligung an einem Handelsgewerbe, Einnahmen aus -	ja	§ 14 (1) 14.109 (1) Nr. 3
Betreuung, Leistungen des Arbeitgebers für kurzfristige - von Kindern	ja, soweit Freibetrag von 600 € jährlich überschritten wird	§ 14 (1) § 3 Nr. 34a Buchst. b EStG
Betreuungsaufwand für Behinderte in Gastfamilien nach SGB IX Leistungen für –	nein	§ 3 Nr. 10 EStG
Betreuungsgeld nach Abschnitt 2 des BEEG (ab 01.08.2013)	nein	
Betriebsrenten (wenn sie nicht auf eigenen Beitragsleistungen beruhen) s. a. nichtselbständige Arbeit	ja	§ 14 (1) 14.107
Bezüge aus Aktien	ja	§ 14 (1) 14.109 (1) Nr. 1
Bezüge aus GmbH-Anteilen	ja	§ 14 (1) 14.109 (1) Nr. 1
Bezüge, steuerlich nach § 22 Nr. 1 Satz 2 EStG nicht zuzurechnende -	ja	§ 14 (2) 19 14.21.19
Bildungskredit (verzinsliches Darlehen mit zeitlich bestimmter Rückzahlungspflicht)	nein	
Blindengeld nach Landesgesetzen	nein	

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Blinderhilfe nach § 72 SGB XII	nein	
Bundesentschädigungsgesetz , Leistungen nach dem –	nein	§ 3 Nr. 8 EStG
Bundesfreiwilligendienst s. Leistungen für Freiwilligendienst nach § 2 Nr. 4 BFDG		
<p>Bundesversorgungsgesetz (BVG), einkommensabhängige, nach § 3 Nr. 6 EStG steuerfreie Bezüge der Wehr- und Zivildienstbeschädigten usw.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grundrente für Beschädigte und Hinterbliebene (Witwen und Waisen) • Abfindung für Witwe u.a. nach den §§ 44, 43 BVG • Ausgleichsrente für Beschädigte • Ausgleichsrente für Beschädigte, wenn Pflegezulage nach § 35 BVG bezogen wird • Ausgleichsrente für Beschädigte, wenn Pflegezulage mindestens nach Stufe III nach § 35 BVG bezogen wird • Ausgleichsrente für Hinterbliebene (Witwen und Waisen) • Berufsschadensausgleich nach § 30 (3) und (6) BVG • Ehegattenzuschlag für Beschädigte nach § 33a BVG • Ehegattenzuschlag für Beschädigte, wenn Pflegezulage nach § 35 BVG bezogen wird • Elternrente nach § 51 BVG • Kinderzuschlag für Beschädigte nach § 33b BVG • Pflegeausgleich der Witwe u.a. nach §§ 40b und 43 BVG • Pflegezulage für Beschädigte • Bestattungsgeld für verstorbene 	<p>nein</p> <p>nein</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>nein</p> <p>nein</p> <p>nein</p>	<p>§ 14 (2) 2 14.21.2</p>

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
<p>Beschädigte an Hinterbliebene</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sterbegeld für verstorbene Beschädigte an Hinterbliebene • Schwerstbeschädigtenzulage zur Grundrente für Beschädigte • Alterszulage (ab 65. Lebensjahr) zur Grundrente für Beschädigte • Führhundzulage für beschädigte Blinde (Blindenführhundzulage) • Mehrverschleiß für Kleider und Wäsche für Beschädigte • Schadensausgleich für Witwen • Witwenbeihilfe nach § 44 (5) BVG <ul style="list-style-type: none"> • Witwenbeihilfe nach § 48 BVG (wird nur zu 2/3 geleistet) <ul style="list-style-type: none"> – Grundrente zu 2/3 – Ausgleichsrente zu 2/3 – Schadensausgleich zu 2/3 • Waisenbeihilfe nach § 48 BVG <ul style="list-style-type: none"> – Grundrente zu 2/3 – Ausgleichsrente zu 2/3 <p>Witwenbeihilfe nach § 48 BVG, wenn der Beschädigte einen GdB von 30 bis 90 hatte = keine Aufteilung in Grund- und Ausgleichsrente</p> <p>Waisenbeihilfe nach § 48 BVG, wenn der Beschädigte einen GdB von 30 bis 90 hatte = keine Aufteilung in Grund- und Ausgleichsrente</p>	<p>nein</p> <p>nein</p> <p>nein</p> <p>nein</p> <p>nein</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>nein</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>nein</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p>	

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Conterganschadensfälle <ul style="list-style-type: none"> - Renten aus der Stiftung „Hilfswerk für behinderte Kinder“ - Renten aus der Conterganstiftung für behinderte Menschen“ 	nein	§ 21 G über Errichtung einer Stiftung „Hilfswerk beh. Kinder“ § 17 Conterganstiftungsgesetz (ab 19.10.2005)

Corona-Hilfeleistungen:

Nach § 3 Nr. 28a EStG steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse zum Kurzarbeitergeld und Saison-Kurzarbeitergeld	ja	§ 14 (2) 6 i.V.m. § 32b (1) Nr. 1 g EStG RdErl. vom 7.7.2020, Ziffer 1.2
Zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn vom Arbeitgeber in der Zeit vom 1.3.2020 bis 31.03.2022 aufgrund der Corona-Krise an seine Arbeitnehmer in Form von Zuschüssen und Sachbezügen gewährte Beihilfen und Unterstützungen	ja, soweit der Freibetrag von 1.500 € jährlich überschritten wird	§ 3 Nr. 11a EStG
zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn vom Arbeitgeber in der Zeit vom 18. November 2021 bis zum 31. Dezember 2022 an seine Arbeitnehmer zur Anerkennung besonderer Leistungen während der Corona-Krise gewährte Leistungen (sog. Pflegebonus für Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen)	ja, soweit der Freibetrag von 1.500 € jährlich überschritten wird	§ 3 Nr. 11b EStG
Einkommen aus der Tätigkeit im Impfzentrum <ul style="list-style-type: none"> - von Personen, die z.B. in einem Impfzentrum Aufklärungsgespräche führen oder beim Impfen selbst beteiligt sind - bei nebenberuflicher Arbeit in der Verwaltung und der Organisation von Impfzentren 	ja, soweit der Freibetrag von 3.000 € jährlich überschritten wird (Übungsleiterpauschale) soweit der Freibetrag von 840 € jährlich überschritten wird (Ehrenamtspauschale)	§ 14 (1) § 3 Nr. 26 EStG § 3 Nr. 26a EStG
Corona-Soforthilfen für Kleinstunternehmer und Soloselbständige	ja (als Betriebseinnahme)	§ 14 (1) BMI-Schreiben vom 06.04.2020, Ziffer B.III.C

Stipendien an Künstler/innen	ja (als Betriebseinnahme)	§ 14 (1)
Kinderbonus nach § 66 Abs. 1 EStG bzw. § 6 Abs. 3 BKGG	nein	Gesetz zur Nichtanrechnung und Nichtberücksichti- gung des Kinderbonus
Überbrückungshilfe für Studierende	nein	Aktuelle Meldung MHKBG vom 26.03.2021

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Darlehen ➤ aufgenommene (durch Vertrag verbindlich vereinbarte Rückzahlung) ➤ Tilgungen aus gewährten – ➤ zinsloses – nach § 3 (6) des Familienpflegezeitgesetzes (FPfZG)	nein nein nein	
Deputate	ja	§ 14 (1) s. § 8 (2) EStG
Dienstjubiläum (Zuwendung des Arbeitgebers)	ja	§ 14 (1) s. R 39b.2 (2) Satz 2 Nr. 4 LStR 2011
Dienstjubiläum (Zuwendung des Arbeitgebers zu einer Betriebsveranstaltung)	ja (soweit 110 € je teilnehmender Person überschritten wird)	§ 14 (1) s. § 19 (1) Satz 1 Nr. 1a EStG ; R 19.3 (2), R 19.5 (2,4,6) LStR 2011
Direktzusage, Aufwendungen des Arbeitgebers für eine –	nein	
Diskontbeträge von Wechseln und Anweisungen	ja	§ 14 (1) 14.109 (1) Nr. 7
Dividenden	ja	§ 14 (1) 14.109 (1) Nr. 1
Dividendenscheinen, Einnahmen aus	ja	§ 14 (1) 14.109 (1) Nr. 10
durchlaufende Gelder	nein	

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Eheschließung (Zuwendung des Arbeitgebers)	ja (in voller Höhe)	§ 14 (1)
Ehrensold als Versorgungsbezug (§ 19 (2) EStG)	ja	R 19.8 LStR 2011
Ehrensold für Künstler	nein	§ 3 Nr. 43 EStG
Eigenheimzulage	nein	
Einarbeitungszuschuss nach § 32 BFöV (Leistung an den Arbeitgeber)	ja	§ 14 (1) R 19.3 (1) Satz 2 Nr. 3 LStR 2015
<p data-bbox="188 707 802 775">Eingliederung behinderter Menschen nach den §§ 112 bis 128 SGB III</p> <ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="188 808 791 842">• Ausbildungsgeld nach den § 122 ff. SGB III <li data-bbox="188 880 791 947">• Teilnahmekosten für eine Maßnahme nach § 127 SGB III <ol style="list-style-type: none"> <li data-bbox="228 981 823 1149">1. Lehrgangskosten einschl. Prüfungsgebühren, die von der Arbeitsagentur als angemessen anerkannt oder mit dem Träger der Maßnahme oder der Einrichtung vereinbart sind <li data-bbox="228 1182 707 1216">2. Kosten für erforderliche Lernmittel <li data-bbox="228 1249 815 1283">3. Kosten für erforderliche Arbeitsausrüstung <li data-bbox="228 1317 424 1350">4. Reisekosten <li data-bbox="228 1384 815 1417">5. Kosten für Unterbringung und Verpflegung <li data-bbox="228 1451 823 1552">6. Kosten für eine Haushaltshilfe oder Kosten für die Betreuung von aufsichtsbedürftigen Kindern <li data-bbox="228 1585 823 1664">7. Kosten für eine erforderliche Kranken- und Pflegeversicherung <li data-bbox="228 1697 823 1798">8. Weitere Aufwendungen, die wegen der Art oder Schwere der Behinderung unvermeidbar entstehen <li data-bbox="188 1854 759 1921">• Übergangsgeld nach den §§ 119 bis 121 SGB III 	<p data-bbox="946 707 1010 741">nein</p> <p data-bbox="946 842 1010 875">50%</p> <p data-bbox="946 947 1010 981">nein</p> <p data-bbox="946 1854 994 1888">ja</p>	<p data-bbox="1185 842 1353 875">§ 14 (2) 27 d</p> <p data-bbox="1185 1854 1337 1921">§ 14 (2) 6 14.21.6 (2)</p>
Eingliederungshilfe für Spätaussiedler nach § 418 SGB III (ab 01.01.2005 aufgehoben)	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2)

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Eingliederungshilfe nach SGB XII	nein	
<p>Einkünfte (aus)</p> <p>Gewerbe s. Gewerbebetrieb</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kapitalvermögen s. Kapitalerträge • Land- und Forstwirtschaft s. Land- und Forstwirtschaft • nichtselbstständiger Arbeit s. nichtselbstständige Arbeit <p>selbstständiger Arbeit s. selbstständige Arbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> • sonstige Einkünfte i.S. des § 22 EStG <ul style="list-style-type: none"> - Bezüge aufgrund des Abgeordneten- gesetzes, des Europaabgeordneten- gesetzes oder vergleichbarer Landes- gesetze - gelegentliche Vermittlung und Vermietung beweglicher Gegenstände - Leibrenten (einschl. Ertrags- und Besteuerungsanteil nach § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a EStG - Unterhaltseinnahmen eines dauernd getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten - wiederkehrende Bezüge in Geld oder Geldeswert (auch Sachbezüge) • Vermietung und Verpachtung s. Vermietung und Verpachtung 	ja	§ 14 (1) 14.102 – 14.111
Einmaliges Einkommen	ja (soweit von § 14 erfasst)	§ 14, § 15 (2)
Einspeisungsvergütung für Fotovoltaikanlagen	ja	§ 14 (1) (i.d.R. Einkünfte aus Gewerbebetrieb nach § 15 EStG)
Einstiegsgeld nach § 16b SGB II	nein	
Einstiegsqualifizierung aufgrund der Richtlinie zur Durchführung des Sonderprogramms Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ-Programm-Richtlinie - EQRJ - vom 28.07.2004)	ja	§ 14 (1) <i>Erl.:</i> Zuschuss für <u>Arbeitgeber</u> zur Vergütung des Jugendlichen; im Rahmen des abzuschließenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
		ses erhält der Jugendliche ein Entgelt (in Höhe des Zuschusses = Einkünfte aus nichtselbst. Arbeit)
Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)	ja, soweit es 300 Euro monatlich übersteigt (bei Verdoppelung des Bezugszeitraumes soweit es 150 Euro übersteigt)	§ 14 (2) 6
<p>Entgelt für ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr (§§ 3 und 4 JFDG)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Taschengeld • Sachbezüge • Unterkunfts Zuschuss • Verpflegungszuschuss 	<p>nein</p> <p>ja Sachbezüge sind nach der SvEV bewerten</p> <p>ja</p> <p>ja</p>	<p>§ 3 Nr. 5 Buchst. d EStG (ab 1.1.2013)</p> <p>§ 14 (1)</p> <p>§ 14 (1)</p> <p>§ 14 (1)</p>
Entgeltaufstockung des Arbeitgebers nach § 3 (1) Nr. 1 Buchst. b FPfZG während der Familienpflegezeit	ja (Zufluss von Arbeitslohn)	§ 14 (1) s. BMF-Schreiben vom 23.05.2012 - V C 5 - S 1901/11/10005 -
Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer nach § 417 SGB III a.F. (Zuschuss zum Arbeitsentgelt)	ja	§ 14 (2) 6
<p>Entgeltumwandlung zum Zwecke der Einzahlung in eine Altersvorsorgeeinrichtung</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ steuerfreie Beiträge des Arbeitgebers nach § 3 Nr. 63 EStG ➤ pauschal versteuerte Beiträge des Arbeitgebers 	<p>ja</p> <p>nein</p>	§ 14 (2) 14
Entlastungsbetrag nach § 45b SGB XI	50 % (sofern weitergeleitet)	§ 14 (2) 26 i.V.m. § 3 Nr. 36 EStG 14.21.26
Entnahme von Kapitalvermögen	nein	
Entschädigung für Bereitschaftsdienst	ja	§ 14 (1)

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Entschädigung für Verdienstausschlag nach § 56 Infektionsschutzgesetz (IfSG)	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2) Nr. 6
Entschädigung nach § 5 StrRehaHomG	nein	§ 5 (5) StrRehaHomG § 3 Nr. 23 EStG
Entschädigungsrente nach dem LAG s. Kriegsschadenrente		
Erbenschaften	nein	
Erschwerniszuschläge s. Zuschläge zum Lohn	ja	
Ertragsanteil von Leibrenten s. Einkünfte > sonstige Einkünfte i. S. d. § 22 EStG	ja	§ 14 (1) 14.21.3 Nr. 1
Erwerbsminderungsrente nach §§ 56 bis 62 SGB VII	ja	§ 14 (2) 5 a 14.21.5
Erwerbsunfähigkeitsrente nach SGB VI (a.F.)	ja	§ 14 (2) 3 14.21.3 Nr. 1
Erwerbsunfähigkeitsrente, private	ja	§ 14 (2) 3 14.21.3 Nr. 1
Erziehungsbeiträge nach dem SGB VIII s. Sozialgesetzbuch VIII		
Erziehungsgeld nach dem BErzGG ¹⁾ (bis 31.12.2008)	nein	
Erziehungsrente nach § 47 SGB VI	ja	§ 14 (2) 3 14.21.3 Nr. 1
Essensausgaben der sog. „Tafeln“	nein	
Essenzuschuss des Arbeitgebers	ja	§ 14 (1) s. § 8 (2, 3) EStG
Europäischer Sozialfonds, Leistungen aus – ➤ Unterhaltsgeld (einschl. Beiträge für eine freiwillige Kranken- und Pflegeversicherung) ➤ Aufstockung des Überbrückungsgeldes (aus Landesmitteln ergänzte Leistungen aus dem ESF)	ja nein (seit 1.1.2003)	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2)
Existenzgründungshilfe des Landes für z.B.	ja	§ 14 (1)

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Handwerksmeister	(Betriebseinnahme)	
Existenzgründungszuschuss nach § 421 I SGB III a.F. ¹⁾ (bis 31.03.2012)	nein	

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Fahrtkosten für Pendelfahrten im Rahmen der Förderung aus dem Vermittlungsbudget nach § 16 SGB II i.V.m. § 45 SGB III a.F./ § 44 SGB III n.F.	nein	
Fahrtkosten im Rahmen des Übergangsgeldes nach § 119 Satz 2 SGB III i.V.m. § 73 SGB IX	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2)
Fahrtkosten nach § 67 SGB III a.F./ § 63 SGB III n.F. im Rahmen des Ausbildungsgeldes nach §§ 104 ff. III a.F./ §§ 122 ff. SGB III n.F.	50 %	§ 14 (2) 27 d 14.21.27d
Fahrtkosten nach § 67 SGB III a.F./ § 63 SGB III n.F. im Rahmen der Berufsausbildungsbeihilfe nach §§ 59 bis 75 SGB III a.F./ §§ 56 bis 71 SGB III n.F.	50 %	§ 14 (2) 27 d 14.21.27d
Fahrtkosten nach § 81 SGB III a.F./ § 85 SGB III n.F. im Rahmen der Förderung der beruflichen Weiterbildung	nein	
Fahrtkostenzuschüsse des Arbeitgebers <ul style="list-style-type: none"> • steuerpflichtige - • pauschaliert versteuerte - nach § 40 EStG • steuerfrei ausgezahlte - (z.B. nach § 3 Nr. 15 oder 32 EStG) 	ja nein nein	§ 14 (1)
Fahrtkostenzuschüsse des Arbeitgebers, die zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn zu den Aufwendungen des Arbeitnehmers für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Linienverkehr gewährt werden Bei Pauschalversteuerung nach § 40 EStG der -	ja (seit 1.1.2004) nein (ab 1.1.2019) nein	§ 14 (1) § 3 Nr. 15 EStG
Familienbeihilfe, österreichische -	nein	
Familienpflegezeit - Entgeltaufstockung des Arbeitgebers nach § 3 (1) Nr. 1 Buchst. b FPfZG während der -	ja (Zufluss von Arbeitslohn)	§ 14 (1) s. BMF-Schreiben vom 23.05.2012 - V C 5 - S 1901/11/10005 -
Familienzuschlag (öffentlicher Dienst)	ja	§ 14 (1)

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Fehlgeldentschädigung (pauschal) im Kassen- und Zählerdienst	ja, soweit höher als 16 € im Monat	§ 14 (1) 14.107
Feiertagsarbeit, Zuschlag für	ja	§ 14 (2) 11 14.21.11
Fonds Leistungen des – - des Bundespräsidenten zur Linderung einer persönlichen wirtschaftlichen Notlage - „Heimerziehung in der DDR“ - „Heimerziehung West“	nein nein nein	
Forstwirtschaft – s. Einkünfte		
Fotovoltaikanlagen s. Einspeisungsvergütung für –		
Freiberufliche Tätigkeit s. selbstständige Arbeit		
Freiwillige Leistungen s. wiederkehrende Bezüge, Unterhaltseinnahmen		
Freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr (§§ 3 und 4 JFDG) Entgelt für ein – s. Entgelt für ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr		
Fulbright- Abkommen, Leistungen nach	50 %	§ 14 (2) 29

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Geburtengeld, von einer schweizerischen Versicherung gezahltes –	nein	
Geburtsbeihilfe des Arbeitgebers (einmalige Zuwendung des AG aus Anlass der Geburt eines Kindes)	ja	§ 14 (1)
Gehaltsumwandlung zum Zwecke der Einzahlung in eine Altersvorsorgeeinrichtung (steuerfreie oder pauschal versteuerte Beiträge des Arbeitgebers) s. Entgeltumwandlung		
Gehörlosenhilfe nach § 5 Satz 1 des Gesetzes über die Hilfen für Blinde und Gehörlose (GHBG NRW)	nein	§ 5 Satz 3 GHBG NRW
Geldzuwendungen (auch Sachzuwendungen) <ul style="list-style-type: none"> • von natürlichen Personen • von Institutionen (öffentl. Kassen, Stiftungen) 	ja, soweit der Freibetrag von 480 € jährlich überschritten wird ja, soweit der Freibetrag von 480 € jährlich überschritten wird	§ 14 (2) 19b
Gelegentliche Vermittlungen und Vermietung beweglicher Gegenstände	ja, wenn 256 € im Jahr überschritten, Anrechnung in voller Höhe	§ 14 (1) 14.111 (1) Nr. 6
Geringfügige Beschäftigung in Privathaushalten nach §§ 8 und 8a SGB IV	ja	§ 14 (1) 3 Nr. 2 14.108
Geringverdiener nach § 8 (1) Nr. 1 SGB IV	ja	§ 14 (1) 3 Nr. 2 14.108
Gewerbebetrieb – s. Einkünfte		
Gewinnanteile	ja	§ 14 (1) 14.109 1 Nr. 1
Glücksspielgewinne	nein	
Graduiertenförderung als Zuschuss gezahlte - solche sind <ul style="list-style-type: none"> • Promotionsstipendien der Begabtenförderungswerke • Promotionsstipendien in Graduiertenkollegs • Promotionsstipendien nach Landesrecht 	ja	§ 14 (2) 28 14.21.28

- Forschungsbeihilfen, Druckkostenzuschüsse, Reisekostenzuschüsse u.ä.	nein	
Gratifikationen	ja	§ 14 (1) s. § 19 EStG
Gründungszuschuss nach § 93 f. SGB III	nein	
Grundpflege, Leistungen der - i.S.d. § 3 Nr. 36 EStG	50 %	§ 14 (2) 26
Grundsicherungsleistungen nach SGB XII	ja, sofern die Leistungen nicht zum Ausschluss nach § 7 (1) WoGG führen	§ 14 (2) 30

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Häftlingshilfegesetz, Renten und Leistungen s. Bundesversorgungsgesetz (Einnahmen wie dort)		
Haft, in der – gewährte Verpflegung (Sachbezug)	nein	
Halbwaisenrente	ja	§ 14 (1), (2) 3 14.21.3 Nr. 1
Haushaltshilfe nach § 38 (4) SGB V Ersatz von Verdienstaufschlag einer selbst beschafften -, bei der es sich um einen Verwandten oder Verschwägerten bis zum zweiten Grad, den Ehepartner oder den Lebenspartner handelt	nein (keine Lohnersatzleistung nach § 32b EStG)	
Heilfürsorge für Soldaten, Polizei und Bundesgrenzschutz	nein	
Heim, im – gewährte Verpflegung für vorübergehend abwesende Familienmitglieder (Sachbezug)	nein	
Heimkehrerstiftungsgesetz, Leistungen nach dem –	nein	§ 3 Nr. 19 EStG
Heiratsbeihilfe des Arbeitgebers (einmalige Zuwendung des AG aus Anlass der Eheschließung)	ja	§ 14 (1)
Hilfe bei der Haushaltsführung, Leistungen zu – i.S.d. § 3 Nr. 36 EStG	50 %	§ 14 (2) 26
Hilfe in sonstigen Lebenslagen nach § 73 SGB XII	nein	
Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII (führt zum Ausschluss von Wohngeld nach § 7 (1) WoGG, wenn KdU berücksichtigt)	ja (sofern wiederkehrend)	§ 14 (2) 30
Hilfe zur Pflege nach § 61 ff. SGB XII	nein	
HIV-Hilfeleistungen s. Stiftung Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-Infizierte Personen		

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Immobilienrente s. Rentenzahlung auf Lebenszeit aus Beleihung eines Eigenheims		
Inflationsausgleichsprämie an Arbeitnehmer	nein	§ 3 Nr. 11b EStG
Inobhutnahme-Bereitschaftspflegegeld nach § 42 SGB VIII (bei mehr als 6 aufgenommenen Kindern liegt Erwerbstätigkeit vor) wenn die Leistung getrennt nach folgenden Komponenten ausgewiesen ist: ➤ Bereitschaftsgeld (für sog. kinderfreie Zeiten) ➤ Bereitschaftspflegegeld ➤ Platzhaltekosten	nein (ja) ja nein ja	[§ 14 (1)] § 14 (1) § 14 (1)
Insolvenzgeld nach §§ 183 ff. SGB III a.F./ §§ 165 ff. SGB III n.F.	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2)
Investmenterträge ➤ nach § 16 InvStG ➤ nach § 34 InvStG (Spezial-Investmenterträge)	ja ja	§ 14 (1) § 20 (1) 3, 3a EStG
Investitionsabzugsbetrag nach § 7g 1 bis 4 und 7 EStG	Gewinn mindernder Abzug im Wohngeldrecht nicht anwendbar	§ 14 (1) S. 2
Job-Ticket	ja (sofern Freigrenze nach § 8 Abs. 2 Satz 11 EStG von 44 € überschritten wird; ab 1.1.2021: 50 €)	§ 14 (1)
Jubiläumszuwendungen	ja (Aufwendungen des Arbeitgebers für eine Jubiläumsfeier nur, wenn 110 € je teilnehmender Person überschritten wird)	§ 14 (1) s. R 39b.2 (2) Satz 2 Nr. 4 LStR 2011 s. R 19.3 (2), R 19.5 (2,4,6) LStR 2011
Junge Volljährige s. Sozialgesetzbuch VIII		

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Kapitalabfindungen s. Abfindungen		
Kapitalanteil von Leibrenten	ja	§ 14 (2) 3 14.21.3
Kapitalerträge auch gepfändete oder abgetretene	ja (Freibetrag 100 €)	§ 14 (1) 14.109
Kinderbetreuungsgeld, österreichisches -	ja	§ 14 (1)
Kinderbetreuungskosten, nach § 64 (3) S.1 SGB III beim Bedarf berücksichtigte Aufwendungen für -	50 %	§ 14 (2) 27 d 14.21.27d
Kinderbetreuungskosten, im Rahmen der beruflichen Weiterbildung nach § 87 SGB III übernommene -	nein	
Kinderbetreuungskosten, vom Arbeitgeber übernommene -	nein (sofern zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn erbracht)	§ 3 Nr. 33 EStG
Kinderbetreuungszuschlag nach § 14b BAföG (s. auch BAföG-Leistungen)	nein (seit 16.12.2008)	§ 14b (2) 1 BAföG
Kinderbetreuungszuschlag zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung nach § 10 (3) AFBG	nein	
Kinderbonus nach § 6 (3) BKGG bzw. § 66 Abs. 1 Satz 2 EStG ¹⁾	nein	Gesetz zur Nichtanrechnung des Kinderbonus (Artikel 5 des Gesetzes vom 2.3.2009, BGBl. I S. 416)
Kindererziehungsergänzungszuschlag nach § 50b BeamtVG	nein	§ 3 Nr. 67 EStG
Kindererziehungsleistung nach dem Kindererziehungsleistungsgesetz bzw. §§ 294 bis 299 SGB VI (an Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921)	nein	§ 3 Nr. 67 EStG
Kindererziehungszeiten, Leistungen aus -	ja (als Rentenbestand- teil voll anzurechnen)	
Kindergeld, ausländisches -	nein	Rechtsgedanke des § 34c Abs. 1 Satz 3 Halbs. 2 EStG (vgl. Ziffer 24 der Bearbeitungshinweise zu § 14)
Kindergeld nach BKGG		

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Auszahlung an den kindergeldberechtigten Elternteil ➤ Abzweigung an das Kind nach § 74 EStG (Verwaltungsakt der Familienkasse, wenn kindergeldberechtigter Elternteil seiner Unterhaltspflicht nicht nachkommt) ➤ Auszahlung direkt an das Kind (Zahlungsabkürzung auf Antrag) ➤ Weiterleitung vom Elternteil an das Kind 	<p style="text-align: center;">nein</p> <p style="text-align: center;">nein</p> <p style="text-align: center;">ja</p> <p style="text-align: center;">ja (beim Kind)</p>	<p style="text-align: center;">14.31 Nr. 5 s. § 3 Nr. 24 EStG</p> <p style="text-align: center;">§ 14 (2) 19 14.21.19 (1)</p> <p style="text-align: center;">§ 14 (2) 19 14.21.19 (1)</p>
Kinderzulage, vom Arbeitgeber gewährte –	ja	§ 14 (1)
Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG	nein	s. § 3 Nr. 24 EStG
Kinderzuschlag nach § 33b BVG	ja	§ 14 (2) 2
Kinderzuschuss nach § 270 SGB VI	nein	
Körperbezogene Pflegemaßnahmen, Leistungen zu – i.S.d. § 3 Nr. 36 EStG	50 %	§ 14 (2) 26
Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) s. Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII)		
Konkursausfallgeld (frühere Bezeichnung für Insolvenzgeld , s. dort)		
Kontoführung, kostenfreie Übernahme für Bank-Arbeitnehmer	ja	§ 14 (1)
Kontoführungsgebühren, vom Arbeitgeber erstattete - (s. auch Werbungskostenersatz)	ja	§ 14 (1)
Kraftfahrzeuggestellung (Firmen-, Dienstwagen) durch den Arbeitgeber	ja	§ 14 (1) i.V.m. § 8 Abs. 2 EStG
Krankengeld einer privaten Kranken- <u>tagegeldversicherung</u>	ja	§ 14 (2) 9 14.21.9
Krankengeld nach - §§ 44 ff. SGB V - §§ 8, 12 und 13 KVLG ¹⁾	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2)
Krankengeld nach §§ 44, 47b SGB V in Höhe des ALG II	ja, sofern die Leistungen nicht zum Ausschluss nach § 7 (1) WoGG führen	§ 14 (2) 30
Krankengeldzuschuss des Arbeitgebers	ja	§ 14 (1)

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Krankenhaustagegeld einer privaten Krankenversicherung	nein	§ 3 Nr. 1 Buchst. a EStG
Krankentagegelder aus einer privaten Krankentagegeldversicherung	ja	§ 14 (2) 9 14.21.9
Krankenversicherung <ul style="list-style-type: none"> ➤ Zuschuss des Rentenversicherungsträger zur Altersrente ➤ Zuschuss zum Krankenkassenbeitrag in der Elternzeit nach § 13 der Freistellungs- und Urlaubsverordnung NRW s. auch unter Zuschüsse	nein nein	§ 3 Nr. 14 EStG § 3 Nr. 62 EStG
Kriegsgefangenenentschädigung	nein	§ 3 Nr. 19 EStG
Kriegssopferfürsorge nach dem BVG <ul style="list-style-type: none"> ➤ Erziehungsbeihilfe nach § 27 BVG ➤ Übergangsgeld nach § 26a BVG ➤ Unterhaltsbeihilfe nach § 26a BVG ➤ Verpflegung außerhalb des eigenen oder elterlichen Haushalts ➤ Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 27a BVG 	ja (bei Gewährung in einer stationären Einrichtung führt es zum Ausschluss nach § 7 (1) 7b WoGG) ja ja, sofern die Leistung in einer stationären Einrichtung gewährt wird und nicht zum Ausschluss nach § 7 WoGG führt ja, sofern die Leistung in einer stationären Einrichtung gewährt wird und nicht zum Ausschluss nach § 7 WoGG führt ja, sofern die Leistung nicht zum Ausschluss nach § 7 WoGG führt	§ 14 (2) 2 14.21.2 § 14 (2) 6 14.21.6 (2) Nr. 8b § 14 (2) 30 § 14 (2) 30 § 14 (2) 30
Kriegsschadensrente nach dem LAG <ul style="list-style-type: none"> ➤ Entschädigungsrente ➤ Unterhaltshilfe nach §§ 261 bis 278 a LAG (ohne Pflegezulage) 	nein 50 %	§ 14 (2) 8 a 14.21.8a

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Kryptowährungen (z.B. Bitcoin), Einkünfte aus Veräußerungsgeschäften von – s. Veräußerungsgeschäfte , Einkünfte aus privaten –		
Kurzarbeitergeld nach §§ 95 SGB III	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2)

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Land- und Forstwirtschaft s. Einkünfte		
Lebensversicherungen ➤ Auszahlung ohne Gewinnanteile ➤ Gewinnanteile und Zinsen ➤ Auszahlung als Rente	nein ja, soweit das Finanzamt die Steuerpflicht feststellt ja	§ 14 (1) 14.21.3 Satz 1 Nr. 2
Leistungen aufgrund eines schuldrechtlichen Versorgungsausgleichs, ➤ wenn von § 22 Nr. 1c EStG erfasst ➤ wenn nicht von § 22 Nr. 1c EStG erfasst	ja ja	§ 14 (1) § 14 (2) 20b
Leistungen aus berufsständischen Versorgungseinrichtungen, die Rentenabfindungen und Beiträgerstattungen (§ 3 Nr. 3 Buchst. a und b EStG) entsprechen	ja	§ 14 (2) 4c
Leistungen der Agentur für Arbeit im Rahmen der Förderung aus dem Vermittlungsbudget gemäß §§ 7 und 44 SGB III	nein	
Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts aufgrund von MobiPro-EU	50 %	§ 14 (2) 27f 14.21.27f
Leistungen aus der Pflegeversicherung für vollstationäre Pflege (§ 43 SGB XI)	nein	§ 13 (5) SGB XI
Leistungen aus der Pflegetagegeldversicherung	nein	§ 3 Nr. 1a EStG
Leistungen aus einem Altersvorsorgevertrag (z.B. Riester-Rente)	ja	§ 14 (1) § 22 Nr. 5 EStG
Leistungen aus einer Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung	ja	§ 14 (2) 3 14.21.3 Satz 1 Nr. 2
Leistungen aus einer sog. Restschuldversicherung (Kreditlebensversicherung) im Falle der Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit ➤ soweit Leistungen <u>nicht</u> an einen bestimmten Kreditvertrag gekoppelt sind oder die Versicherungsleistung <u>nicht unmittelbar</u> der Tilgung des Restdarlehens bzw. Restkredits dient	ja (als Zeitrente)	§ 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a Doppelbuchst. bb EStG i.V.m. § 55 (2) EStDV

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
<ul style="list-style-type: none"> ➤ soweit Leistungen aus dieser Versicherung <u>unmittelbar</u> der Tilgung des Restdarlehens bzw. Restkredits dienen (Kopplung der Leistung der Restschuldversicherung an einen <u>bestimmten</u> Kreditvertrag) 	nein	
Leistungen der Heimkehrerstiftung	nein	§ 3 Nr. 19 EStG
Leistungen des Fonds <ul style="list-style-type: none"> - „Heimerziehung in der DDR“ - „Heimerziehung West“ 	nein nein	
Leistungen Dritter <ul style="list-style-type: none"> - Leistungen von natürlichen Personen - Leistungen aus öffentlichen Haushalten 	ja nein (soweit die Leistungen nicht von § 14 Abs. 2 Nr. 30 erfasst werden)	§ 14 (1), (2) 19, 20, 22 § 11 (2) Nr. 4
Leistungen für Betreuungsaufwand für Behinderte in Gastfamilien nach SGB	nein	§ 3 Nr. 10 EStG
Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 6b BKGG	nein	§ 3 Nr. 24 EStG
Leistungen für Bundesfreiwilligendienst nach § 2 Nr. 4 BFDG <ul style="list-style-type: none"> • Taschengeld • Sachbezüge 	nein ja* <u>*Hinweis:</u> Aufgrund einer auch in 2013 bestehender Billigkeitsregelung der Finanzverwaltung sind <u>alle</u> Bezüge der Bundesfreiwilligendienst Leistenden im Jahr 2013 steuerfrei; Sachbezüge daher erst seit 2014 anrechenbar	§ 3 Nr. 5 Buchst. d EStG § 14 (1)
Leistungen nach § 3 der Berufskrankheitenverordnung (BKV)	nein	§ 3 Nr. 1 Buchst. a EStG , R 32b (1) Satz 3 EStR 2008
Leistungen nach § 10 SGB III, die dem Lebensunterhalt dienen (seit 1.1.2010	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2) Nr. 1n

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
weggefallen)		
Leistungen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung nach §§ 77,79 ff. SGB III a.F./ §§ 81, 83 ff. SGB III n.F.	nein	
<p>Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 49 SGB IX n.F.</p> <p>Hinweis: Sollten bestimmte Leistungen wie Ausbildungsgeld oder Übergangsgeld nach § 97 ff. SGB III a.F./ § 112 ff. SGB III n.F. i.V.m. §§ 49 und 64 ff. SGB IX n.F. gewährt worden sein, ist ggf. durch Rückfrage bei der BA zu prüfen, ob es sich bei diesen Leistungen um Ausbildungsgeld nach § 104 SGB III a.F./ § 122 SGB III n.F. oder Übergangsgeld nach §§ 160 – 162 SGB III a.F./§§ 119 bis 121 SGB III n.F. handelt.</p>	nein	
Lohnzuschläge s. Zuschläge zum Lohn		

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Mehrarbeit, Vergütung für -	ja	§ 14 (1) R 19.3 (1) Satz 2 Nr. 1 LStR 2015
Mehraufwandsentschädigung im Rahmen eines Werkstattjahres (Qualifizierung Jugendlicher)	nein	
Mehrbedarf für Auszubildende nach § 27 Abs. 2 i.V.m. § 21 Abs. 2, 3, 5 und 6 SGB II	nein	§ 3 Nr. 2d EStG 14.31.16
Mehrbedarfsrente (Schadenersatzrente zum Ausgleich vermehrter Bedürfnisse nach § 843 (1) BGB)	nein	s. BMF-Schreiben vom 15.7.2009
Meister-BAföG s. Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz		
Mietkostenzuschuss des Arbeitgebers	ja	§ 14 (1)
- steuerfreier - für Zweitwohnung des Arbeitnehmers	nein	
Mietnebenkostenerstattung	nein	
Mietwert der eigengenutzten Wohnung im Mahrfamilienhaus	ja	§ 14 (2) 31 14.21.31
Mietwert der eigenen Wohnung bei Lastenzuschussberechtigung	nein	§ 14 (3)
Miles and More-Bonus-Programm	ja, soweit der Rabatt den Freibetrag von 1.080 € im Kalenderjahr übersteigt	s. § 3 Nr. 38 EStG
Ministerialzulage	ja	§ 14 (1)
Mitarbeiterkapitalbeteiligung	nein (Freibetrag 360 €/Jahr)	§ 3 Nr. 39 EStG
Mittagessen, kostenfreies - in den Werkstätten für behinderte Menschen (als Teil der Eingliederungshilfe)	nein	
Mobilitätshilfen nach § 53 SGB III ¹⁾ (bis 31.12.2008)	nein	§ 3 Nr. 2 EStG
Mobilitätsprämie	nein	§ 105 (1) Satz 3 und 4, § 106 EStG
Mutterschaftsgeld nach § 200 RVO ¹⁾	ja	§ 14 (2) 6 § 32b (1) Satz 1 Nr.

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
(f. gesetzl. krankenversicherte Mütter)		1b EStG
Mutterschaftsgeld - nach § 14 KVLG 1989 - Sonderunterstützung nach § 12 MuSchG ¹⁾ - Zuschuss nach § 4 a MuschV ¹⁾ oder einer entsprechenden Landesregelung (f. Beamtinnen)	ja ja ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2) Nr. 3, 4 u.(4)
Mutterschaftsgeld nach § 13 (2) MuSchG (für nicht gesetzl. krankenversicherte Mütter)	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2) Nr. 4 u. (4)
Mutterschaftsgeld – Arbeitgeberzuschuss nach § 14 MuSchG	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2) u.(4)

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
<p>Nebenberufliche Tätigkeiten</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ als Übungsleiter ➤ als Ausbilder ➤ als Erzieher ➤ als Betreuer oder vergleichbare nebenberufliche Tätigkeit ➤ nebenberufliche künstlerische Tätigkeit ➤ nebenberufliche Pflege alter, kranker oder behinderter Menschen im Dienst oder im Auftrag einer inländischen Person des öffentlichen Rechts <p>s. auch Aufwandsentschädigung</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ im Dienst oder im Auftrag einer juristischen Person des öffentlichen Rechts 	<p>ja, soweit der Freibetrag von 2.400 € jährlich überschritten wird (ab 1.1.2021: 3.000 €)</p> <p>ja, soweit der Freibetrag von 720 € jährlich überschritten wird (ab 1.1.2021: 840 €)</p>	<p>§ 14 (1)</p> <p>(zum Freibetrag vgl. § 3 Nr. 26 EStG sowie Erläuterungen des Bay. Landesamtes für Steuern zur Steuerbefreiung für nebenberufliche Tätigkeiten)</p> <p>§ 14 (1)</p> <p>(zum Freibetrag vgl. § 3 Nr. 26a EStG sowie BMF-Schreiben vom 21.11.2014 und Erläuterungen des Bay. Landesamtes für Steuern zur Steuerbefreiung für nebenberufliche Tätigkeiten)</p>
<p>Nichtselbstständige Arbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Bezüge (andere) aus Beschäftigung im öffentlichen oder privaten Dienst auch Wehrsold von Berufssoldaten ➤ Gehalt ➤ Gratifikationen ➤ laufende Beiträge und laufende Zuwendungen des Arbeitgebers aus einem bestehenden Dienstverhältnis an einen Pensionsfonds, eine Pensionskasse oder für eine Direktversicherung für eine betriebliche Altersversorgung einschl. bestimmter Sonderzahlungen (§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 EStG) ➤ Lohn ➤ Tantiemen 	ja	§ 14 (1) 14.107

➤ Bezüge und Vorteile aus früheren Dienstleistungen (z. B. sog. Betriebsrenten, Werksrenten)		
Niederländische Studienfinanzierung („studiefinanciering“)	nein	
Niederländische Unterstützungsleistungen an Grenzpendler		
➤ Kindergeldzuschlag („kindgebonden budget“)	nein	
➤ Zulage für Kinderbetreuung („kindopvangtoeslag“)	nein	
➤ Zuschuss zum Krankenversicherungsbeitrag/Versorgungszuschlag („zorgtoeslag“)	nein	
Nießbrauch s. Vermietung und Verpachtung		

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Österreichische Familienbeihilfe	nein	
Österreichisches Kinderbetreuungsgeld	ja	§ 14 (1)
Österreichisches Wochengeld	nein	
Opferentschädigungsgesetz, Leistungen nach dem – s. Bundesversorgungsgesetz (Leistungen nach dem OEG unterliegen § 3 Nr. 6 EStG , da es zu den Gesetzen gehört, die das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklären; vgl. R 3.6 (1) Nr. 8 LStR 2011)		
Opferpension nach § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz	nein	§ 3 Nr. 23 EStG
Otto-Benecke-Stiftung, Leistungen der	50 %	§ 14 (2) 27 c

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Parkplatzgestellung durch den Arbeitgeber	nein	
Parkplatzkosten, Erstattung der – durch den Arbeitgeber	ja	§ 14 (1) 14.108
Pauschal besteufter Arbeitslohn nach § 40a EStG - bei kurzfristiger Beschäftigung - bei geringfügiger Beschäftigung (Minijob – höchstens 520 €/mtl.) - bei Aushilfskräften in der Land- und Forstwirtschaft	ja	§ 14 (1) 3 Nr. 2
Pauschal besteuerte Sachzuwendungen (§ 37b EStG)	ja	§ 14 (1) 3 Nr. 1
Pauschal besteuerte Zuschläge zum Arbeitslohn, die nach den §§ 40 und 40b EStG besteuert werden, s. Zuschläge zum Lohn	nein	
Pauschaler Wohngruppenzuschlag nach § 38a SGB XI	nein	
Pensionskasse, nach § 3 Nr. 56 EStG steuerfreie Zuwendungen des Arbeitgebers an eine –	ja	§ 14 (2) 14
Pensionszusage, Aufwendungen des Arbeitgebers für eine – (s. auch Direktzusage)	nein	
Personalrabatt s. Belegschaftsrabatt		
Pflegegeld <ul style="list-style-type: none">nach § 37 SGB XI,aus privaten Versicherungsverträgen,als Pauschalbeihilfe nach Beihilfavorschriften	50 % bei der Pflegehilfe, sofern das Pflegegeld an die nicht zum Haushalt des Pflegebedürftigen rechnenden Pflegehilfe weitergeleitet wird	§ 14 (2) 26 14.21.26
Pflegegeld nach <ul style="list-style-type: none">§ 44 SGB VII§ 64 SGB XII (vorher § 69a BSHG)§ 26 c BVGim Rahmen der Besitzstandswahrung nach Art. 51 PflegeVG	nein	
Pflegerische Betreuungsleistungen, Leistungen zu – i.S.d. § 3 Nr. 36 EStG	50 %	14 82) 26

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Pflegetagegeldversicherung, Leistungen aus einer –	nein	§ 3 Nr. 1a EStG
Pflegeunterstützungsgeld nach § 44a Abs. 3 SGB XI	nein	§ 3 Nr. 1a EStG § 3 Nr. 11 EStG (bei Beamten)
Pflegeversicherung, Leistungen aus der – für vollstationäre Pflege (§ 43 SGB XI)	nein	§ 13 (5) SGB XI
Pflegewohnngeld	nein	
Pflegezulage nach § 269 (2) LAG	nein	
Photovoltaik-Anlage, Einkünfte aus einer -	ja (Einkünfte aus Gewerbebetrieb, vgl. Rundverfügung der OFD Niedersachsen vom 17.09.2010)	§ 14 (1)
Prämien z.B. ➤ für Verbesserungsvorschläge ➤ für Nichterkrankung	ja	§ 14 (1)
Praktikantenvergütung	ja	§ 14 (1)
Privatentnahmen bei Gewinnermittlung nach § 4 (1) EStG	ja (werden im Rahmen der Gewinnermittlung berücksichtigt)	§ 14 (1)
Privatentnahmen bei Gewinnermittlung nach § 4 (3) EStG (Vordruck Einnahmeüberschussrechnung zzgl. Erläuterungen)	nein *	
Produktionsaufgabenrente nach dem Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit (FELEG) • Grundbetrag • Ausgleichsgeld	ja ja	§ 14 (2) 17 14.21.17 dto.
Promotionsstipendien s. Graduiertenförderung		
Provisionen für Arbeitnehmer im Bank- und Versicherungsgewerbe für Vertragsabschlüsse	ja	§ 14 (1)

* Privatentnahmen sind bei einer Einnahmeüberschussrechnung nach § 4 Abs. 3 EStG nicht berücksichtigungsfähig, d.h. sie sind keine Betriebsausgaben bzw. dürfen den Gewinn nicht mindern. Werden die Privatentnahmen fälschlicherweise doch in der Einnahmeüberschussrechnung aufgeführt und vermindern rechnerisch den „Gewinn“, sind diese Privatentnahmen dem „Gewinn“ wieder hinzuzurechnen.

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
<p><u>Ratsmitglieder</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Ersatz für Verdienstausfall oder Zeitverlust - Pauschale Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder - Aufwandsentschädigungen für Mitglieder der Bezirksvertretungen 	<p style="text-align: center;">ja</p> <p>ja, soweit steuerfreier Betrag lt. FM-Erlass vom 1.9.2021 - S 2337-3-V B 3 - überschritten wird</p> <p>ja, soweit steuerfreier Betrag lt. FM-Erlass vom 1.9.2021 - S 2337-3-V B 3 - überschritten wird</p>	<p style="text-align: center;">§ 14 (1) 14.104</p> <p style="text-align: center;">§ 3 Nr. 12 EStG R 3.12 (3) LStR 2015</p>
<p>Rehabilitierungsgesetz, Leistungen nach</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ § 21 des Strafrechtlichen – (Beschädigtenversorgung) ➤ § 22 des Strafrechtlichen – (Hinterbliebenenversorgung) ➤ § 3 des Verwaltungsrechtlichen – (Beschädigtenversorgung) ➤ § 4 des Verwaltungsrechtlichen – (Hinterbliebenenversorgung) <p>s. Bundesversorgungsgesetz</p> <p>ansonsten Leistungen nach dem</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Beruflichen – ➤ Strafrechtlichen – ➤ Verwaltungsrechtlichen – <p>(s. auch SED-Unrechtsbereinigungsgesetz)</p>	<p style="text-align: center;">ja</p> <p style="text-align: center;">ja</p> <p style="text-align: center;">ja</p> <p style="text-align: center;">ja</p> <p style="text-align: center;">nein</p>	<p style="text-align: center;">§ 14 (2) 2 14.21.2</p> <p>s. § 3 Nr. 23 EStG</p>
<p>Reisekostenerstattungen an private Arbeitnehmer</p>	<p style="text-align: center;">nein</p>	<p>s. § 3 Nr. 16 EStG</p>
<p>Reisekostenvergütungen aus öfftl. Kassen</p>	<p style="text-align: center;">nein</p>	<p>s. § 3 Nr. 13 EStG</p>
<p>Renten (Leibrenten)</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ aus der gesetzlichen Rentenversicherung: <ul style="list-style-type: none"> - Altersrenten - Renten wegen Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit - Hinterbliebenenrenten, z.B. Witwen-, Witwerrenten und Waisenrenten ➤ nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte: <ul style="list-style-type: none"> - vorzeitiges Altersgeld - Waisen- und Hinterbliebenengeld ➤ Zusatzrenten der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) und der 	<p style="text-align: center;">ja</p>	<p style="text-align: center;">§ 14 (1) und § 14 (2) 3 14.21.3</p>

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
<p>Zusatzversorgungskassen der Gemeinden, soweit eigene Beiträge des Arbeitnehmers geleistet worden sind</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Renten aus der Knappschaftsversicherung ➤ Renten aus betrieblichen Pensionskassen und Direktversicherungen, sofern sie auf früheren Beitragsleistungen des Arbeitnehmers beruhen ➤ Renten aus privaten Versicherungen auf den Erlebens- oder Todesfall ➤ private Berufsunfähigkeitsrenten und Rentenzahlungen aus privaten Unfallversicherungen ➤ ausländische Renten (wie Leibrenten) 		<p style="text-align: center;">§ 14 (2) 7 14.21.7, 14.21.3</p>
<p>Renten und Beihilfen an Hinterbliebene nach den §§ 63 bis 71 SGB VII (gesetzliche Unfallversicherung)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Witwen- und Witwerrente - §§ 65, 66 • Waisenrente - §§ 67, 68 • Rente an Verwandte der aufsteigenden Linie sog. Elternrente - § 69 • Witwen-, Witwer- oder Waisenbeihilfe – § 71 	ja	§ 14 (2) 5 b 14.21.5 (2)
<p>Rentenzahlung auf Lebenszeit aus Beleihung eines Eigenheims (sog. Umkehrhypothek oder Immobilienrente; „Reverse mortgage“)</p> <p><u>Hinweis:</u></p> <p>Ist hingegen eine Auszahlung auf Lebenszeit <u>nicht</u> vorgesehen, handelt es sich steuerrechtlich nicht um eine Rente, so dass dann nur die in den mtl. Raten evtl. enthaltenen Zinserträge anrechenbar sind.</p>	ja (in voller Höhe)	<p>§ 14 (1), (2) 3 i.V.m. § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a bb EStG (Leibrente, deren fiktiver Ertragsanteil zu versteuern ist - z. B. ab 60. Lebensjahr mit 22 %, sinkend mit Lebensalter, und zwar als verzinsliche Auszahlung/Rückzahlung von eigenem Kapital; Ertragsanteil ist Einkommen i. S. d. WoGG)</p>
<p>Restschuldversicherung, Leistungen aus einer sog. – s. Leistungen aus einer sog. Restschuldversicherung</p>		
<p>Ruhegehalt s. Versorgungsbezüge</p>	ja	

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Sachbezüge - bei einem Praktikum im Ausland (Unterkunft und Verpflegung von einem ausl. Praktikumsgeber)	ja ja	s. § 8 (2) EStG Freibetrag von 44 € (ab 1.1.2021: 50 €) im Kalendermonat gilt <u>nicht</u> , wenn Werte der Sozialversicherungs-entgeltV – SvEV zugrunde gelegt werden. Lt. BMF-Schreiben vom 13.6.2007 gilt der Freibetrag auch für Zinersparnisse § 32b (1) Nr. 2-5 EStG i.V.m. § 8 (2) EStG
Sachzuwendungen des Arbeitgebers - nach § 37b EStG pauschal besteuerte	ja	§ 14 (1) 3 Nr. 1
Saison-Kurzarbeitergeld nach § 175 SGB III a.F./ § 101 SGB III n.F.	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2) 1d
Sanierungsgeld (Sonderzahlung des Arbeitgebers an ein Altersversorgungssystem)	nein	§ 19 (1) Nr. 3 S. 2 Buchst. d EStG
Schadenersatz - wegen unerlaubter Handlung, Körperverletzung, Todesfalls oder Schmerzensgeld, z.B. Todesfallversicherungssumme - als Ausgleich für den Verlust steuerbarer Einnahmen gewährter –	nein ja	 § 24 Nr. 1 EStG
Schadenersatzrenten auf der Grundlage des - § 844 (2) BGB (Ersatz von Unterhaltsansprüchen bei Tötung Dritter) oder - § 845 BGB (Ersatzanspruch für gesetzlich geschuldete Dienste)	nein nein	 BMF-Schreiben vom 15.7.2009
Schadensrenten , die der Geschädigte unmittelbar durch den Verursacher erhält (private Rente – keine Verletztenrente)	ja	§ 14 (1) 14.21.5 (1) S. 2 und 3
Schenkung - einmalige - - als – bezeichnete laufende Geld- oder Sachzuwendungen	nein ja	§ 14 (2) 19
Schmerzensgeldrente nach § 253 BGB (früher § 847 BGB) (s. auch Mehrbedarfsrente)	nein	s. BMF-Schreiben vom 15.7.2009

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Schwarzarbeit, Einkünfte aus	ja	§ 14 (1)
SED-Unrechtsbereinigungsgesetz Leistungen nach dem –	nein	§ 3 Nr. 23 EStG
Selbstständige Arbeit, insbesondere ➤ freiberufliche Tätigkeit ➤ Vergütung für Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied	ja	§ 14 (1) 14.104
Soldatenversorgungsgesetz, Renten und Leistungen s. Bundesversorgungsgesetz		
Sonderabschreibungen	ja, soweit sie die höchstmöglichen Absetzungen für Abnutzung nach § 7 EStG übersteigen	§ 14 (2) 16 14.21.16
Sozialgesetzbuch Achtes Buch SGB VIII ➤ Kosten der Erziehung bei Tagespflege nach § 23 ➤ Kosten der Erziehung für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige bei Vollzeitpflege nach § 39 i.V. mit § 33 oder mit § 35 a (2) Nr. 3 , auch i.V. mit § 41(2) - bei Heimerziehung und sonstigen betreuten Wohnformen Leistungen für - Unterhalt (notwendiger) - Unterkunftskosten für Kinder, Jugendliche und junge	ja (bei der Tagespflegeperson) 50 % der landesrechtl. Pauschale (bei der Pflegeperson) nein 50 % der landesrechtl. Pauschale (beim Kind,	§ 14 (1) (s. BMF-Schreiben vom 17.12.2007 und 17.12.2008 sowie zur Betriebsausgabepauschale von 300 € je Kind und Monat das BMF-Schreiben vom 20.05.2009) Erstattungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie die hälftigen Erstattungen zur Alterssicherung und zu einer angemessenen Kranken- und Pflegeversicherung nach § 23 Abs. 2 Nr. 3 und 4 SGB VIII (Kindertagespflege) gemäß § 3 Nr. 9 EStG steuerfrei § 14 (2) 25 § 14 (2) 24

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Volljährige - Krankenhilfe - bei Heimerziehung und sonstigen betreuten Wohnformen	Jugendlichen und jungen Volljährigen) nein nein	
Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch SGB XII s. Eingliederungshilfe nach SGB XII s. Grundsicherungsleistungen nach SGB XII s. Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII s. Hilfe zur Pflege nach § 61 ff. SGB XII		
Sparerpauschbetrag nach - § 20 (9) EStG	ja	§ 14 (2) 15
Spenden s. Geldzuwendungen		
Spesen (Mehraufwand für Verpflegung von Kraftfahrern) z.B. nach dem Bundesmanteltarifvertrag für den Güter- und Möbelfernverkehr	ja, soweit die Pauschbeträge nach § 9 Abs. 4a EStG überschritten werden	§ 3 Nr. 16 EStG
Sterbegeld aus einer berufsständischen Versorgungseinrichtung	ja	§ 14 (1), (2) 3 i.V.m. § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a EStG s. Ziffer 141 BMF-Schreiben vom 13.09.2010
Sterbegeld im öffentlichen und privaten Dienst (s. auch Versorgungsbezüge)	ja	§14 (2) 1 14.21.1 R 19.8 (1) LStR 2011
Steuerrückzahlungen	nein	14.31 Nr. 10
Stiftung „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“	nein	14.31 Nr. 7
Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens – Leistungen aus –	nein	14.31 Nr. 8
Stipendien als Zuschüsse erbrachte – (auch nach dem nationalen Stipendienprogramm – StipG) ➤ Eingliederungsbedarf ➤ Grundbedarf ➤ Lernmittel ➤ Unterbringung	50 % nein, denn	§ 14 (2) 27 c, 27 b, 28, 29

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
➤ Kurskosten	Kurskosten werden i.d.R. direkt an den Träger überwiesen	
Strafvollzug, Verpflegung im – als Sachbezug s. auch Arbeitsentgelt	nein	
Streik- und Aussperrungsunterstützungen (kein Arbeitslohn nach § 19 EStG)	nein	
Studienfinanzierung, niederländische – („Studiefianciering“)	nein	
Studienkredit der KfW, s. Bildungskredit	nein	14.31.1

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Tagespflege s. Sozialgesetzbuch Aachtes Buch (SGB VIII)		
Tantiemen	ja	§ 14 (1) 14.21 (1)
Teilabfindung für die Reduzierung der Arbeitszeit	ja	§ 14 (1) §§ 24 Nr. 1, 34 Abs. 2 EStG (s. auch BFH-Urteil vom 25.08.2009 – IX R 3/09)
Teilarbeitslosengeld nach § 150 SGB III a.F. / § 162 SGB III n.F.	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2)
Transferkurzarbeitergeld nach § 216b SGB III a.F./ § 111 SGB III n.F.	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2)
Trennungsgelder aus öffentlichen Kassen	nein	
Trinkgelder, die anlässlich einer Arbeitsleistung dem Arbeitnehmer von Dritten freiwillig und ohne dass ein Rechtsanspruch auf sie besteht, zusätzlich zu dem Betrag gegeben werden, der für diese Arbeitsleistung zu zahlen ist	nein	§ 3 Nr. 51 EStG
Trinkgelder, Bedienungszuschläge oder ähnliche Zuwendungen, auf die der Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch hat	ja	§ 14 (1) § 19 (1) EStG § 2 (2) 7 LStDV

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Überbrückungsgeld, Aufstockung des - (aus Landesmitteln ergänzte Leistungen aus dem ESF)	nein (ab 01.01.2003)	
Überbrückungsgeld im Gerüstbaugewerbe (tarifvertraglich geregeltes -)	nein	
Überbrückungsgeld nach § 57 SGB III ¹⁾ (in der bis zum 31.7.2006 geltenden Fassung; vormals § 55a AFG)	nein (seit 01.01.2003)	
Übergangsbeihilfen auf Grund ges. Vorschriften wegen Entlassung aus einem Dienstverhältnis ➤ nach §§ 12 , 13 SVG	ja von ausgezahlten Übergangsbeihilfen an Soldatinnen auf Zeit und Soldaten auf Zeit sind 10.800 € steuerfrei, wenn das Dienstverhältnis vor dem 1. Januar 2006 begründet worden ist; <u>nur der diesen steuerfreien Betrag übersteigende Betrag ist steuerpflichtig und damit anrechenbar</u> Bei Dienstantritt ab dem 01.01.2006 ist die Übergangsbeihilfe komplett steuerpflichtig und damit in voller Höhe anrechenbar	§ 14 (1) § 52 (4) 3 EStG i.V.m. § 3 Nr. 10 EStG (in der bis zum 31.12.2005 geltenden Fassung; vgl. Nr. 10.21 Buchstabe f WoGVwV 2002)
Übergangsgebühren nach § 11 SVG (für ausscheidende Soldaten)	ja	§ 14 (1)
Übergangsgeld auf Grund ges. Vorschriften wegen Entlassung aus einem Dienstverhältnis ➤ nach §§ 47 , 67 (4) BeamtVG ➤ § 37 SVG	ja (bei Entlassungen nach dem 1.1.2006) Sofern die Entlassung vor dem 1.1.2006 erfolgte und die Beihilfe vor dem 1.1.2008 zufließt: es sind 10.800 steuerfrei, <u>nur der diesen steuerfreien Betrag übersteigende Betrag ist steuerpflichtig</u> und damit anrechenbar nach § 14 (1) WoGG.	§ 14 (1) § 52 (4) 3 EStG i.V.m. § 3 Nr. 10 EStG (in der bis zum 31.12.2005 geltenden Fassung)

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Übergangsgeld - der gesetzlichen Rentenversicherung (§§ 20 ff. SGB VI) - der gesetzlichen Unfallversicherung (§§ 49 ff. SGB VII) - nach § 65 SGB IX n.F. i.V.m. § 20 (1) SGB VI - im Rahmen des –es nach § 73 SGB IX n.F. i.V.m. § 20 (1) SGB VI gewährte Reisekosten (Fahr-, Verpflegungs- und Übernachtungskosten)	ja nein	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2) R 32b (1) Satz 2 EStR
Übergangsgeld nach § 26 a BVG	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6
Übergangsgeld nach §§ 160 - 162 SGB III a.F./ §§ 119 bis 121 SGB III n.F.	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2)
Übergangsgeld nach § 21 (4) SGB VI in Höhe des ALG II	ja, sofern die Leistungen nicht zum Ausschluss nach § 7 (1) 3 WoGG führen	§ 14 (2) 30
Überlassung eines betrieblichen Fahrrades, vom Arbeitgeber zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn gewährte Vorteile für die - (kein Kfz i.S.d. § 6 (1) Nr. 4 Satz 2 EStG)	nein	§ 3 Nr. 37 EStG
Überstundenvergütung	ja	§ 14 (1)
Umkehrhypothek, Rentenzahlung aus – s. Rentenzahlung auf Lebenszeit aus Beleihung eines Eigenheims		
Umzugskostenvergütung an private Arbeitnehmer	nein	§ 3 Nr. 16 EStG
Umzugskostenvergütung aus öfftl. Kassen	nein	§ 3 Nr. 13 EStG
Unbewegliches Vermögen s. Vermietung und Verpachtung		
Unfallentschädigung nach § 43 BeamtVG s. auch Abfindungen	ja	§ 14 (2) 4d
Unfallentschädigung nach § 20 (4), (5) EinsatzWVG	ja	§ 14 (2) 2 R 3.6 (2) Nr. 2 LStR 2015
Unfallentschädigung für Hinterbliebene nach § 20 (5) EinsatzWVG	ja	§ 14 (2) 2 R 3.6 (2) Nr. 2 LStR 2015
Unfallfürsorgeleistungen an Beamte nach §§ 32 bis 35 BeamtVG	ja	§ 14 (2) 2 R 3.6 (2) Nr. 2 LStR 2011

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Unfallruhegehalt - erhöhtes – nach § 37 BeamtVG - nach § 36 BeamtVG	ja ja	§ 14 (1) i.V.m. § 19 (2) S. 2 Nr. 1a EStG ; H 3.6 LStH § 14 (1) i.V.m. § 19 (2) S. 2 Nr. 1a EStG
Unfallversicherung, Leistungen aus einer privaten – <ul style="list-style-type: none"> ➤ Ersatz von Verdienstausschlag ➤ einmalige Invaliditätsleistung ➤ Renten 	ja nein ja	§ 14 (1) § 14 (2) 3 14.21.3
Unfallversicherung nach dem SGB VII, Leistungen aus – Rente wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit nach §§ 56 bis 62 (sog. Verletztenrente) <ul style="list-style-type: none"> ➤ Renten und Beihilfen an Hinterbliebene nach §§ 63 bis 71 <ul style="list-style-type: none"> - Witwen- und Witwerrente - Waisenrente - Elternrente - Witwen-, Witwer- oder Waisenbeihilfe ➤ Abfindungen nach §§ 75 bis 80 ➤ Sterbegeld nach § 64 (1) ➤ Erstattung der Überführungskosten nach § 64 (2) ➤ Mehrleistungen nach § 94 SGB VII ➤ Leistungen nach § 3 Berufskrankheitenverordnung (BKV) 	ja ja ja nein nein nein nein	§ 14 (2) 5a 14.21.5 (1) § 14 (2) 5b 14.21.5 (2) § 14 (2) 5c 14.21.5 (3) § 94 (3) SGB VII § 3 Nr. 1a EStG, R 32b (1) Satz 3 EStR 2005
Unterhaltsbeitrag bei Schädigung eines ungeborenen Kindes nach § 38a BeamtVG	ja	§ 14 (2) 2 R 3.6 (2) Nr. 2 LStR 2015
Unterhaltsbeitrag für frühere Beamte und frühere Ruhestandsbeamte nach § 38 BeamtVG	ja	§ 14 (2) 2 R 3.6 (2) Nr. 2 LStR 2011

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Unterhaltsbeitrag nach den §§ 40 , 41 BeamtVG für Verwandte der aufsteigenden Linie und für Hinterbliebene	ja	§ 14 (2) 2 R 3.6 (2) Nr. 2 LStR 2011
Unterhaltseinnahmen <ul style="list-style-type: none"> ➤ für dauernd getrennt lebende oder geschiedene Ehegatten, soweit sie vom Geber nach § 10 (1a) Nr. 1 EStG abgezogen werden können ➤ für dauernd getrennt lebende oder geschiedene Ehegatten, soweit sie vom Geber nicht abgezogen werden können ➤ für sonstige Personen, wenn der Geber kein Haushaltsmitglied ist ➤ eines dauernd getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten, der im Ausland lebt 	ja ja ja ja	§ 14 (1) 14.111 § 14 (2) 19 14.21.19 § 14 (2) 19 14.21.19 § 14 (2) 20a
Unterhaltsgeld als Zuschuss - § 153 SGB III ¹⁾	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2)
Unterhaltsgeld, das aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert wurde (einschl. Beiträge für eine freiwillige Kranken- und Pflegeversicherung)	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2)
Unterhaltshilfe nach §§ 261 bis 278 a LAG (ohne Pflegezulage)	50 %	§ 14 (2) 8a 14.21.8a
Unterhaltshilfe und Unterhaltsbeihilfe nach dem Reparationsschädengesetz (ohne Pflegezulage)	50 %	§ 14 (2) 8c 14.21.8c
Unterhaltssicherungsgesetz <ul style="list-style-type: none"> ➤ Leistungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach § 5 USG ➤ Leistungen an Selbstständige nach § 6 USG ansonsten	ja ja nein	§ 14 (2) 6 i.V.m. § 32b (1) 1 Nr. 1h EStG § 14 (1) § 3 Nr. 48 EStG § 3 Nr. 48 EStG
Unterhaltsvorschussgesetz, Leistungen nach dem –	ja	§ 14 (2) 21 14.21.21
Unterstützungskasse, Aufwendungen des Arbeitsgebers an eine – (§ 1b Abs. 4 BetrAVG)	nein	

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Unterstützungsleistungen des Betreuungswerks Post/Postbank/Telekom (Stiftung des privaten Rechts)	nein	§ 3 Nr. 35 EStG

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Veräußerungsgeschäfte, Einkünfte aus privaten -	ja, wenn 600 € im Kalenderjahr überschritten werden (Zurechnung in voller Höhe)	§ 14 (1) 14.111 (1) Nr. 5 § 22 Nr. 2 , § 23 EStG
Verdienstausfall Ersatz von – von der gegnerischen Versicherung nach Unfallschaden	ja	§ 24 Nr. 1 a EStG
Verdienstausfallentschädigung nach § 6 USG	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2)
Verhinderungspflege nach § 39 SGB XI Leistungen im Rahmen der –	nein	
Verletztengeld nach § 45 SGB VII	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2)
Verletztengeld nach § 47 (2) SGB VII in Höhe des ALG II	ja, sofern die Leistungen nicht zum Ausschluss nach § 7 (1) 4 WoGG führen	§ 14 (2) 30
Verletztenrente nach §§ 56 bis 62 SGB VII	ja	§ 14 (2) 5 a 14.21.6 (1)
Vermietung beweglicher Gegenstände	ja, wenn 256 € im Jahr überschritten werden (Zurechnung in voller Höhe)	§ 14 (1) 14.111 (1) Nr. 6 § 22 Nr. 3 EStG
Vermietung und Verpachtung, Einkünfte aus - <ul style="list-style-type: none"> ➤ von unbeweglichen Vermögen (Grundstücke, Gebäude, Gebäudeteile, Wohnungen, möblierte Zimmer, Erbbaurecht, Schiffe) ➤ bei Untervermietung ➤ bei Nießbrauch ➤ von beweglichem Betriebsvermögen(z. B. Maschinen, Praxiseinrichtungen) ➤ zeitlich begrenzte Überlassung von Rechten (Urheberrechte) ➤ Mietwert der eigengenutzten Wohnung im eigenen Haus, das mehr als zwei 	ja	§ 14 (1) 14.110 § 14 (2) 31 14.21.31

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
<p>Wohnungen hat</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Mietwert der eigenen Wohnung, wenn lastenzuschussberechtigt ➤ eines Teils des Wohnraums, für den Wohngeld beantragt wird ➤ Entgelt, das eine den Wohnraum mitbewohnende Person i.S.d. § 11 (2) 3 WoGG hierfür zahlt 	<p>nein</p> <p>nein (Abzug von der Miete/Belastung gemäß § 11 (2) 2 WoGG)</p> <p>nein (Abzug von der Miete/Belastung gemäß § 11 (2) 2 WoGG)</p>	<p>§ 14 (3) 1</p> <p>§ 14 (3) 2</p>
Vermittlungsprovision	ja	§ 14 (1)
Vermögenswirksame Leistungen	ja	§ 14 (1)
Verpflegungsmehraufwendungen	ja, soweit die Pauschbeträge nach § 9 Abs. 4a EStG überschritten werden	§ 14 (1) § 3 Nr. 16 EStG
<p>Versorgungsausgleich,</p> <p>Ausgleichsleistungen zur Vermeidung eines -</p> <p>Leistungen aufgrund eines schuldrechtlichen –</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ wenn von § 22 Nr. 1a EStG erfasst ➤ wenn nicht von § 22 Nr. 1a EStG erfasst 	<p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p>	<p>§ 14 (2) 20b</p> <p>§ 14 (1)</p> <p>§ 14 (2) 20b</p>
<p>Versorgungsbezüge</p> <p>Ruhegehalt</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Witwen- und Waisengeld ➤ Unterhaltsbeitrag ➤ Unterhaltsbeitrag aufgrund beamtenrechtlicher Vorschriften <p>Sterbegeld i.S. des § 18 BeamtVG sowie entsprechende Bezüge im privaten Dienst</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Abfindungsrenten nach § 69 BeamtVG i.V. mit § 153 BBG ¹⁾ oder entsprechenden Landesvorschriften 	ja	§ 14 (1) und 14 (2) 1 14.21.1

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
➤ Leistungen aus Zusatzversorgungskassen, sofern diese allein auf Beiträgen des Arbeitgebers beruhen		
Versorgungsfreibetrag nach § 19 (2) EStG	ja	§ 14 (2) 1
Versorgungsfreibetrag, Zuschlag zum – (§ 19 (2) EStG)	ja	§ 14 (2) 1
Versorgungskrankengeld nach § 16 BVG	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2)
Versorgungsleistungen, Einkünfte aus – ➤ wenn von § 22 Nr. 1a EStG erfasst ➤ wenn nicht von § 22 Nr. 1a EStG erfasst	ja ja	§ 14 (1) § 14 (2) 20b
Versorgungszuschlag für Beamte bei Beurlaubung ohne Dienstbezüge (Post)	ja	§ 14 (1) aber WK-Abzug in gleicher Höhe möglich
Vorruhestandsgeld	ja	§ 14 (1)
Vollzeitpflege s. SGB VIII		

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Waisengeld s. Versorgungsbezüge		
Waisenrente	ja	§ 14 (2) 3 14.21.3 Nr. 1
Wehrpflichtgesetz Geld- und Sachbezüge für Wehrpflichtige	nein	§ 3 Nr. 5 Buchst. a EStG
Wehrsoldgesetz		
➤ Ausgleichsbetrag nach § 18	ja	§ 14 (1)
➤ Auslandsverwendungszuschlag nach § 12 i.V.m. § 56 BBesG	nein	§ 3 Nr. 64 EStG
➤ Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung nach § 5	nein	§ 3 Nr. 5 Buchst. e EStG
➤ Entlassungsgeld nach § 8	ja	§ 14 (1)
➤ Heilfürsorge nach § 16	nein	§ 3 Nr. 5 Buchst. c EStG
➤ Leistungen für Reservedienst Leistende	nein	§ 3 Nr. 48 EStG
➤ Wehrsoldgrundbetrag der freiwillig Wehrdienstleistenden nach § 4	ja	§ 14 (1)
➤ Wehrsold für Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit s. nichtselbstständige Arbeit	ja	§ 14 (1)
Weiterbildung, Leistungen zur Förderung der beruflichen – nach §§ 77,79 ff. SGB III a.F./ §§ 81, 83 ff. SGB III	nein	
Weitergeleitetes Pflegegeld s. Pflegegeld nach dem SGB XI für Pflegehilfe		
Werbungskostenersatz durch den Arbeitgeber	ja	§ 14 (1)
Werksrente s. nichtselbstständige Arbeit	ja	§ 14 (1) 14.107
Werkstatteinkommen für behinderte Menschen bei arbeitnehmerähnlichen Verhältnissen (Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit)		

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Grundbetrag nach § 221 (2) SGB IX n.F. ➤ Steigerungsbetrag nach § 221 (2) SGB IX n.F. ➤ Arbeitsförderungsgeld nach § 59 SGB IX 	<p style="text-align: center;">ja</p> <p style="text-align: center;">ja</p> <p style="text-align: center;">nein</p>	<p style="text-align: center;">§ 14 (1) 14.107 dto.</p> <p style="text-align: center;">§ 59 (2) SGB IX</p>
Werkstatteinkommen für behinderte Menschen in einem besonderen Sozialleistungsverhältnis, das kein Arbeitnehmer- und kein arbeitnehmerähnliches Verhältnis nach § 221 (1) SGB IX n.F. ist	nein	
Werkstudent s. nichtselbstständige Arbeit		
Werkzeuggeld	nein	§ 3 Nr. 30 EStG
Wiederkehrende Bezüge s. Einkünfte > sonstige Einkünfte nach § 22 EStG		
Winterausfallgeld § 214 ¹⁾ i.V. m. § 209 Nr. 2 SGB III ¹⁾ (bis 31.03.2006)	ja	§ 14 (2) 6 14.21.6 (2)
Wintergeld <ul style="list-style-type: none"> ➤ Mehraufwands-Wintergeld nach § 212 SGB III ¹⁾ i.V. m. § 209 Nr. 1 Buchst. a SGB III ¹⁾ ➤ Zuschuss-Wintergeld nach § 213 SGB III ¹⁾ i.V. mit § 209 Nr. 1 Buchst. b SGB III ¹⁾ ➤ Mehraufwands-Wintergeld nach § 175a Abs. 1 und 3 SGB III a.F. (seit 01.04.2006)/ § 102 Abs. 1 und 3 SGB III n.F. ➤ Zuschuss-Wintergeld nach § 175a Abs. 1 und 2 SGB III (seit 01.04.2006)/ § 102 Abs. 1 und 2 SGB III n.F. 	<p style="text-align: center;">nein</p> <p style="text-align: center;">nein</p> <p style="text-align: center;">nein</p> <p style="text-align: center;">nein</p>	<p style="text-align: center;">R 3.2 Abs. 3 LStR 2011</p> <p style="text-align: center;">R 3.2 Abs. 3 LStR 2011</p>
Witwengeld s. Versorgungsbezüge		
Witwenrente	ja	§ 14 (2) 3 14.21.3 Nr. 1
Witwerrente	ja	§ 14 (2) 3 14.21.3 Nr. 1
Wochengeld, österreichisches –	nein	
Wohngruppenzuschlag, pauschaler - nach § 38a SGB XI	nein	
Wohnrecht, Abgeltung für Verzicht auf dinglich gesichertes –	nein	

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Wohnungsbauprämie nach dem WoPG	nein	§ 6 WoPG

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Zinersparnisse	ja, soweit die Summe der noch nicht getilgten Darlehen am Ende des Lohnzahlungszeitraums 2.600 € übersteigt und soweit der Zinsvorteil nicht nach § 8 (3) EStG zu bewerten ist	s. § 8 EStG H 8.1 LStR 2011 zur Berechnung des Zinsvorteils (Unterschiedsbetrag zwischen dem Maßstabszinssatz für vergleichbare Darlehen und dem Zinssatz den der Arbeitnehmer im konkreten Fall zahlt) s. BMF-Schreiben vom 01.10.2008
Zivildienstgesetz	nein nein nein	§ 3 Nr. 5 Buchst. b und c EStG
Zusatzleistung für die Schule nach § 6 a Abs. 4a BKGG (bis 31.12.2010)	nein	s. § 3 Nr. 24 EStG
Zusatzleistungen in Härtefällen nach § 14a BAföG i.V.m. § 6 und § 7 HärtefallVO	nein	§ 14 (2) 27a
Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag (§ 19 (2) EStG)	ja	§ 14 (2) 1
Zuschläge zum Lohn	ja ja ja nein	§ 14 (1) 14.107 § 14 (1) 14.107 § 14 (2) 11 14.21.11

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
<p>§ 40b EStG, die pauschal besteuert werden</p> <p>➤ sonstige Bezüge nach § 40 EStG, die pauschal besteuert werden</p> <ul style="list-style-type: none"> - Barzuschüsse des Arbeitgebers zu den laufenden Kosten für die Internetnutzung - Abfindungen (einmalige) - Entschädigungen (einmalige) - Gratifikationen, die nicht fortlaufend gezahlt werden - Tantiemen, die nicht fortlaufend gezahlt werden - Zuschläge für ein anderes Steuerjahr - Reisekosten <ul style="list-style-type: none"> > Fahrtkosten > Mehraufwendungen für Verpflegung > Nebenkosten > Übernachtungskosten > Essenszuschüsse 	nein	
<p>Zuschüsse des Arbeitgebers zu den Beiträgen des von der Versicherungspflicht in der ges. Rentenversicherung befreiten Arbeitnehmers</p> <ul style="list-style-type: none"> • für eine Lebensversicherung • für eine freiwillige Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung • für eine öffentlich-rechtliche Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung 	nein (Steuerfreiheit beschränkt sich jedoch auf den Betrag, den der Arbeitgeber als Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Rentenversicherung aufzuwenden hätte)	14.31 Nr. 2a cc s. § 3 Nr. 62 EStG R 3.62 LStR 2008
Zuschüsse des Arbeitgebers zum Krankengeld	ja	§ 14 (1)
Zuschüsse nach § 27 Abs. 3 SGB II	ja, sofern die Leistungen nicht zum Ausschluss nach § 7 WoGG führen	§ 14 (2) 30
<p>Zuschüsse zum Arbeitsentgelt</p> <ul style="list-style-type: none"> - nach § 264 SGB III a.F. ¹⁾ (bis 31.03.2012) - nach § 421 j SGB III a.F./ § 417 SGB III n.F. (Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer) 	ja	§ 14 (2) 6 § 32b (1) Satz 1 Nr. 1a EStG
Zuschüsse zum Krankenkassenbeitrag in der Elternzeit nach § 13 der Freistellungs- und Urlaubsverordnung NRW	nein	§ 3 Nr. 62 EStG
Zuschüsse zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner	nein	14.31 Nr. 2a bb
<p>Zuschüsse zur Krankenversicherung der Rentner nach §§ 106 und 315 SGB VI (freiwillig in der ges. Krankenversicherung versichert) (seit 1.4.2004 tragen Rentner die Beiträge zur</p>	nein	§ 3 Nr. 14 EStG

Einkunftsart	anrechenbar	Rechtsgrundlage
Pflegeversicherung in voller Höhe; Zuschüsse werden daher nicht mehr gezahlt)		
Zuwendungen, steuerfreie - nach § 3 Nr. 56 EStG des Arbeitgebers an eine Pensionskasse	ja	§ 14 (2) 14
Zuwendung nach der Förderrichtlinie Wohneigentum Nordrhein-Westfalen	nein mindert nach § 11 Abs. 2 Nr. 4 WoGG die Belastung	§ 11 (2) 4